

Cahnsteiner Tageblatt



Kreisblatt für den
Einziges amtliches Verkündigung.

Kreis St. Goarshausen
blatt sämtlicher Behörden des Kreises.

Erscheint täglich
mittags. — Anzeigenpreis
die einzige kleine Zeile
25 Pf., auswärtige An-
zeigen 30 Pf.

Geschäftsstelle: Hochstraße Nr. 8.

Gegründet 1863. — Fernsprecher Nr. 38.

Mr. 160. Druck und Verlag: Buchdrucker St. Schickel
(F. G. Röhr) Oberlahnstein.

Montag, den 28. Juli 1919.

Berantwortlich:
Geschäftsführer F. G. Röhr, Oberlahnstein.

57. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

In der Sitzung vom 1. Juli hat die interall. Commission für die besetzten Rheinländer beschlossen, daß von jetzt ab der Austausch von Briefen, die Papiergelehrte Scheine, Postkarten enthalten, zwischen den besetzten Gebieten und den Alliierten und neutralen Ländern und umgekehrt ist, wenn die Werte zur Bezahlung von Handelsgegenständen dienen.

St. Goarshausen, den 18. Juli 1919.

Der mil. Kreisverwalter:
gen. Monod.

Wird veröffentlicht.

St. Goarshausen, den 22. Juli 1919.

Der Landrat: J. B. Niedenhauer.

In Verfolg der Ziffer 10 meines Runderlasses vom 6. März d. Js. — VI b 531 — betreffend Bienenzuckerabgabe, bestimme ich bezüglich der Ableferung von Bienenzucker im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium nach dessen Benehmen mit Vertretern der Imkerverbände folgendes:

1. Die Körbler haben alles anfallende Wachs, unbrauchbare Waben und Preßrückstände an die von den Imkerverbänden eingerichteten Wachssammelstellen abzuliefern.
2. Die Kästenmiker können für ihren eigenen Bedarf für jedes Standvolk 250 g. Wachs zurückbehalten. Der Überschuss ist ebenfalls den Wachssammelstellen zuzuführen.
3. Künstliche Mittelwände werden den Kästenmikern nur geliefert, wenn sie eine entsprechende Menge von Wachs, unbrauchbaren Waben oder Preßrückständen abgeliefert haben.
4. Wer vorstehenden Verpflichtungen nicht nachkommt, wird von der Belieferung mit Zucker ausgeschlossen.
5. Die Entscheidung darüber, ob die abgelieferten Mengen an wachsunbrauchbaren Waben oder Preßrückständen angemessen sind, trifft in Zweifelsfällen der Vorstand des örtlich zuständigen Imkerverbandes.

Ich ersuche, den bienenwirtschaftlichen Provinzialverbänden als den Sammelstellen der Mineralölversorgungsgesellschaft, vormaligen Kriegschmierölgesellschaft (vergl. Ausführungsbestimmungen vom 18. 4. 17.) zu der Verordnung vom 4. 4. 1917.) hieron Mitteilung zu machen und ihnen gleichzeitig nahezulegen, daß sie eine rigorose Hinterziehung der Vorschriften vermeiden und insbesondere auf Anhänger und kleine Imker gebührend Rücksicht schauen.

Berlin W. 8, den 27. Mai 1919.

Preußischer Staatskommissar für Volkernährung.

In Vertretung: gez. Dr. Peters.

Wird veröffentlicht.

St. Goarshausen, den 24. Juli 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

J. B. Bauu.

Telegramm aus Frankfurt vom 24. 7. 19.

Reichsministerium hat durch Verordnung vom 15. Juli 1919 Reichstagsblatt Seite 647 unter anderem angeordnet, daß

1. beim Verkauf von Schlachtvieh durch den Viehhalter der Preis für 50 kg. Lebendgewicht nicht übersteigen darf bei
1. Schlachtfärbbern im Alter unter 3 Monaten 120 M.
2. Schlachtjävenen 150 M.
3. das für den Verkauf von Ferkeln und Läuferschweinen durch den Viehhalter als Richtpreis gilt bei
1. Ferkeln bis zum Gewicht von 15 kg. für das Kilogramm Lebendgewicht ein Preis bis zu 10 M.
2. Läuferschweinen im Gewicht von mehr als 15 kg. für das Kilogramm Lebendgewicht ein Preis bis zu 8 M.

Diese Richtpreise gelten bei dem gewerbsmäßigen, wie bei den nichtgewerbsmäßigen Kauf und Verkauf von Ferkeln und Läuferschweinen.

Bezirkssleistungsstelle.

Wird veröffentlicht mit dem Ersuchen um ortsübliche Odannachrichtung.

St. Goarshausen, den 25. Juli 1919.

Der Landrat: J. B. Bauu.

Bekanntmachung

Zur Kenntnis der Kreispolizeiverordnung vom 1. Mai 1919 wird hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß der

Sonnabend, den 9. August 1919, mittags 12 Uhr
in Niedermassenbach

für die Orte Lautert, Niedermassenbach, Obermassenbach, Reichenhain und Ritterhain abgehalten wird.

Die Herren Bürgermeister der obengenannten Orte werden ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß die Zuchttiere zu der angegebenen Zeit am Körtere vorgeführt werden.

Die vorgeschriebenen Bullen müssen sämtlich mit Nasenringen versehen und die Klauen der Tiere richtig beschneidet sein. Bullen im Alter von unter 18 Monaten dürfen nicht vorgeführt werden.

Für den besten Gemeindebullen wird eine Prämie von 10 M. gewährt und ferner wird jedem zum Körtermittag vorgeführten Gemeindebullen (auschl. des Körtertes) ein Begegnungsgeld von 3 M. gezahlt.

St. Goarshausen, den 21. Juli 1919.

Der Landrat: J. B. Bauu.

Beginn des redaktionellen Teiles.

Politische Nachrichten.

Aufsehen erregende Entschlüsse Erzbergers.

(Fortsetzung.)

Wie haben hier den amtlichen Schritt einer neutralen Macht, die durch ihre Organisation und Ideenwelt wie wenige in der Lage war, zu beurteilen, wann ein Friedensschritt Aussicht auf Erfolg hatte, hervorgegangen nicht aus eigener Initiative, sondern aus einem ausdrücklichen Er suchen der englischen Regierung und mit ausdrücklicher Er mächtigung der französischen. Das war 1917. Eine wohl begründete, wohlüberlegte Friedensaktion einer neutralen Macht, die wie wenige berufen war, die Freien der Völker versöhnung einzuleiten. Und was wurde verlangt? Lediglich eine präzise Erklärung über Belgien. Die Erlaubnis, den Inhalt der englischen Not zu veröffentlichen, ist vom Papst eingeholt, aber noch nicht eingetroffen. Was aber geschieht in Berlin? Man würde es nicht für möglich halten. Vier Wochen lang gibt man dem Vermittler keine Antwort. (Stürmisches Hört, hört! links und im Zentrum. Grüße Erregung.) Ich muß aber noch einen Schritt weitergehen. (Stürmisches Hört, hört! Große Unruhe, die sich zum Lärm steigert. Präsident Fehrenbach läutet, vermag aber erst nach längerer Zeit Ruhe zu schaffen.) Zu dieser Antwort lautet die Stelle über Belgien:

Sind wir mithin im heutigen Stadium der Dinge noch nicht in der Lage, dem Wunsche Eurer Exzellenz zu entsprechen und eine bestimmte Erklärung über die Absichten der Kaiserlichen Regierung im Hinblick auf Belgien und auf die von uns gewünschten Garantien zu geben, so liegt der Grund hierfür keineswegs darin, daß die Kaiserliche Regierung grundsätzlich der Abgabe einer solchen Erklärung abgeneigt wäre oder ihre entscheidende Wichtigkeit für die Frage des Friedens unterschätzt oder glaubte, ihre Absichten und die ihr unumgänglich nötig scheinenden Garantien könnten ein unübersteigliches Hindernis für die Sache des Friedens bilden, sondern lediglich darin, daß ihr gewisse Vorbedingungen, die eine unabdingte Voraussetzung für die Abgabe einer derartigen Erklärung bilden, noch nicht genügend geklärt zu sein scheinen. Hierüber Mülligkeit zu gewinnen, wird das Bestreben der Kaiserlichen Regierung sein, und sie hofft, falls die Umstände ihr Vorhaben begünstigen, in nicht allzu ferner Zeit in der Lage zu sein, Eure Exzellenz über die Absichten und nötigen Forderungen der Kaiserlichen Regierung, insbesondere in bezug auf Belgien, genauer unterrichten zu können. Michaelis.

(Lebhafte Hört, hört! Große Bewegung und Erregung im Zentrum.) Also ein amtlicher diplomatischer Bericht für ein Volk, das in höchster Not liegt, wird vier Wochen lang nicht beantwortet, dann erklärt man ihn für nicht genügend. (Hört, hört!) Ende September war ich in München. Ich lernte den Alpinus seit längerer Zeit als einen persönlichen Freund. Er kam mir mit Tränen in den Augen entgegen und sagte: „Nun ist alles verloren, auch Ihr armes Vaterland.“ Damit war der von England über den Heiligen Stuhl geleitete Versuch erledigt. Das ist das Tragische, das Entsetzliche, man läuft für den Frieden, und dann kommt es so. (Bewegung.) Da kann man nicht schwiegen. (Burk: Das ist das Werk der Vaterlandspar tei!) So war es 1917. Wir müssen dem Volk sagen, wie es zwei Jahre lang gewissenlos irregespielt worden ist. Hätte es diese Dinge besser gewußt, hätte es den Frieden einfach erzwungen. (Sehr richtig.) Und wie stand es im Juli 1917? Wie wollten nach außen den Frieden und nach innen die Freiheit, und wie war Ihre Parole: Keinen Frieden und keine Freiheit. Was war die Folge? Die gesamte Wehrmacht zu Lande und zu Wasser wurde mobil gemacht gegen den Mann, der vor Ihnen spricht. Namenloses, Entsetzliches wurde gegen mich vom Kriegskreisamt

zusammengelogen. In dem Augenblick, wo die Friedensaktion auf dem Höhepunkt stand, wurde die Vaterlandspar tei gegründet zu dem Zweck, die Friedensresolution totzuschlagen, von Militärbeamten, Kriegslegeranten und wirtschaftlichen Verbänden. Ende Dezember war die vom ehemaligen Friedenswillen des deutschen Volkes getragene Friedenspolitik des verständigen Ausgleichs durch die Agitation erledigt, die Hoffnung, die auch die andern Völker hatten, vernichtet. Deutschland ist mit offenen Augen in den Tod hineingerannt. Im November bildeten die Alliierten ihren Obersten Kriegsrat, und das war die Folge der Ablehnung der von England versuchten Friedensvermittlung. (Stür mische Bewegung.) Die Wahrheit über alles, dann hört die Vergiftung im Innern auf. Wir sind in entscheidender Stunde für das Gute eingetreten. Der Abg. Hauffmann, der das Gleiche versucht, wird das Scheitern der Vermittlung darin sehen, daß Deutschland die gewünschte Erklärung nicht abgegeben hat. So kam das Jahr 1918. Jeder Versuch, diese Zeiten zur Vernunft zu bringen, wurde mit militärischen Mitteln niedergeschlagen. Wie lange hat die Verblendung gedauert! Gegen Kahlmann, der den Sieg nicht vom Militär allein erhoffte, gingen Westarp und Stresemann vor, während er nur die Wahrheit gesprochen hatte. Dann kam der Kontrakt vom 14. August. Das Altersstück wird der Nationalversammlung nächste Woche zugehen. (Burk rechts. Unruhe.) Ich mußte so reden, weil durch Ihre Schuld das Unglück Deutschlands entstanden ist. Noch im September brachten mehrere Abge ordnete beunruhigende Nachrichten aus Wien. Die Antwort war, man möge noch ein Weilchen warten, und dann kam Ende September der resolute militärische Zusammenbruch. Eine Depesche nach der andern jagte nach Berlin: Wenn nicht in kürzester Frist eine Regierung gebildet würde, könne die Front nicht mehr 24 Stunden gehalten werden.

Alle diese Dinge werden in den nächsten Tagen dem deutschen Volke übergeben werden. Dann kann es nach den Alten selbst prüfen. Die Regierung des Prinzen Max von Baden hat nur den Fehler gemacht, Ludendorff nicht hinzuzuladen, um den Waffenstillstand abzuschließen. Wo war die Zivilisatorie des Militärs? Die Sozialdemokratie wollte zuerst gar nicht in die Regierung eintreten und die Verantwortung übernehmen, nachdem alles verloren war. Wir haben unsre Arme von einem neuen Sedan bewahrt. Gewiß waren auch Tendenzen zur Unter stützung der Armee vorhanden. Aber nach solchen vier Jahren bricht einmal der Vogel. Herr v. Hohenbrand soll gesagt haben, wir seien belogen und betrogen; ob er es gesagt hat, weiß ich nicht, aber wahr ist es. (Sehr richtig!) Der Zusammenbruch ist auch erfolgt durch die Un gerechtigkeit im Heere. (Zum Abg. v. Gräfe): Wer hat denn gegen die Abschaffung des schweren Arrestes und gegen die gemeinsame Speisung von Mannschaften und Offizieren gesprochen? Ludendorff wollte demissionieren, wenn auch andre Heerführer sagten, daß an Widerstand nicht mehr zu denken sei. Am 6. November bekam ich den Auftrag

— ich habe nicht dazu gedrängt —, die weiße Fahne am 8. November morgens zu ziehen, also zu kapitulieren, und zwar mit Zustimmung der Obersten Heeresleitung. Vorn an der Front sagte mir ein General, von seinen zwei Divisionen habe die eine noch 437, die andere 341 Mann. (Hört, hört! Große Bewegung.) Er meinte, wenn jeder Mann und jeder Major ein Maschinengewehr habe, könne man sich noch halten, aber bei einem großen Vor marsch würden die Feinde durchbrechen. Hätten Sie (nach rechts) es verantworten wollen, daß die Feinde verwüstend durch unser Vaterland ziehen? Der Unturm in Deutschland soll den Waffenstillstand erzwingen haben, aber Hindenburg deponierte, wenn unsre Forderungen nicht durchzuführen seien, so sei trocken der Waffenstillstand abzuschließen. Die politischen Vorgänge in Deutschland waren nicht entscheidend, denn die Waffenstillstandsbedingungen waren nicht von Koch, sondern schon vier Wochen vorher von den Alliierten aufgestellt. Selbst Herr v. Gräfe hätte es in Compiègne nicht anders machen können. Ich stelle fest, die Friedensresolution hätte Erfolg haben müssen und können, wenn ihre Grundsätze bei Gelegenheit der Friedensnote des Papstes angewandt worden wären. Der Zusammenbruch Deutschlands ist nicht durch die Revolution, sondern durch die konstante Täuschung der Militärs bedingt worden. Nicht die Friedensresolution hat die deutsche Wider standskraft gelähmt, sondern der Zusammenbruch ist erfolgt durch Mangel an innerer und äußerer politischer Einsicht der Konservativen und der Obersten Heeresleitung, die das deutsche Volk einschüchtern und terrorisieren und dieses Spiel auch jetzt noch fortsetzen. Die Geduld der Regierung und der Regierungsparteien hat ein Ende. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Staatsgerichtshof!) Kommt gleich nachher. Ich werfe die Frage auf, ob denn am 22. Juni überhaupt noch die Möglichkeit einer andern Stellung

lungnahme als die Unterzeichnung bestanden hat. Wir sind lebhafte Vorwürfe gemacht worden, ich hätte die Politik Scheidemanns sabotiert. Ich bedaure, daß sich auch der Abgeordnete Gothein in diesem Sinne geduldet hat. Demgegenüber stelle ich fest, daß ich in der ganzen kritischen Zeit durchaus loyal gehandelt habe. Es sind mir Neuheiten in den Mund gelegt worden, die ich gegenüber ausländischen Journalisten getan haben soll. Vom 22. Mai bis zum 27. Juni habe ich überhaupt mit keinem einzigen ausländischen Journalisten gesprochen. In der ganzen Zeit habe ich nur zwei ausländische Journalisten bei mir gesehen. Es waren Vertreter der Frankfurter Zeitung, die mir als verschwiegen bekannt waren. Mit ihnen habe ich mich ausgesprochen und sie haben in der Tat mit keinem Wort von dem Inhalt unserer Unterredung Gebrauch gemacht. Aber noch mehr. Die mir in den Mund gelegten Unterstellungen haben in der fremden Presse überhaupt nicht gestanden. (Lebhafte Bewegung.) Das in der Presse gegen mich verwandte Wort der Rede Scheidemanns "Unannehmbar" ist bekanntlich gar nicht gefallen, sondern später angefügt. Abgesehen davon richtete sich das Unannehmbar nicht gegen jeden Vertrag. Im weiteren Verlauf der Entwicklung der Friedensfrage bin ich an das Kabinett mit einer Auseinandersetzung darüber herangetreten: Was wird eintreten, wenn wir den Frieden unterzeichnen, was wird geschehen, wenn wir ihn nicht unterzeichnen? Ich habe aus meiner Aussicht kein Hehl gemacht, und in einer Vorbesprechung des Kabinetts, die zur Klärung der Frage wesentlich beigetragen hat, schließlich erklärt, daß ich aus der Regierung austreten würde, wenn die Unterzeichnung des Friedens abgelehnt würde. Für diese Behauptung berufe ich mich auf das Zeugnis des Ministers Dr. Davids, der sich meiner Aussicht anschlossen hat. (Lebhafte Bewegung.) Nun hat der Abg. v. Gräfe die Behauptung aufgestellt, die Deutschnationale Volkspartei sei zu einem Eintritt in ein ablehnendes Kabinett bereit gewesen. Demgegenüber stelle ich fest, daß Graf Posadowitsch mir die Mitteilung gemacht hat, seine Partei würde in Erwägung ziehen, ob sie in ein solches Kabinett eintreten würde oder nicht. (Lebhafte Bewegung.) Zurufe des Abgeordneten Gräfe: Er hat aber doch nicht abgelehnt. (Langanhaltende stürmische Heiterkeit.) Diese Zwischenbemerkung steht auf dem gleich niedrigen Niveau, wie Ihre übrigen Behauptungen. Als Graf Posadowitsch in Erwägung ziehen wollte, ob seine Partei sich an der Regierung beteiligen würde, war es mittags 1 Uhr. Abends 7 Uhr sollten aber die ersten KanonenSchüsse fallen. (Lebhafte Bewegung.) In diesem kritischsten Augenblick der deutschen Geschichte mußte gehandelt werden. Mit Freuden erinnern wir uns an die Erklärung der Abgeordneten Dr. Schiffer und Heinze, daß unsre Entscheidung aus dem ehlichen Willen getroffen worden sei, unserm Vaterlande zu dienen. Die Deutschnationalen haben sich dieser Aussicht nicht angeschlossen und sich damit selbst ein unruhiges Zeugnis ausgestellt. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Friede mußte unterzeichnet werden, um die Einheit des Reiches zu retten. Der Vorwurf und der Übermut, der aus der Wendung des Abgeordneten Gräfe spricht, wir hätten uns an die Futterrippe sejen wollen, wird von dem Volke dem Vertreter einer Partei nicht vergessen werden dürfen, die selbst Jahrzehntelang an der Futterrippe gesessen hat. (Große Untreue bei den Deutschnationalen, andauernder lebhafter Beifall in der Mitte und links.) Die Frage des Herrn v. Gräfe: Wohin kommt das viele Geld? beantwortete ich dahin: Mehr als die Hälfte aller Ausgaben, die in den letzten Monaten geleistet werden mußten, sind vom Heere ausgezehrt worden, im Monat Juni allein 1,8 Milliarde Mark. Daß dieses Geld nicht allein an die Offiziere und Mannschaften geht, ist selbstverständlich. Es sind darin auch die großen Abwicklungsgeschäfte vom Hindenburg-Programm einbegripen das ja immer noch nachwirkt. Ich komme zum Schlus. Wir leiden unter der Niederlage ebenso schmerzlich wie Sie (noch rechts). Der Anblick der abgemagerten Kinder und abgezehrten Frauen geht uns ebenso zu Herzen wie Ihnen. (Burk: Noch viel mehr!) Aber eins scheidet uns von Ihnen: Wir brüsten uns damit nicht. Wir stellen uns nicht so hin, als ob wir allein ein Herz für die Not und Schmach unsers Vaterlandes hätten. (Beifall.) Was und aber ebenso tief fränkt wie der Zammer unsres Volkes und Vaterlandes, das ist das falsche Spiel, das Sie treiben. (Lebhafte Beifall und Zustimmung.) Wir haben den Frieden annehmen müssen, weil kein anderer Ausweg blieb. Wir haben die Verantwortung übernehmen müssen für das, was Sie verbrochen haben. (Sehr richtig! und lebhafte Zustimmung.) Wir werden aber niemals zugeben, daß Sie nun versuchen, aus der Verantwortung, die auch Ihre Schuld ist, unsre Schuld zu machen, und uns heuchlerisch mit Hohn und Spott zu übergehen. (Lebhafte Beifall.) Der Friedensvertrag ist die Schlussrechnung eines Krieges. Wer den Krieg verliert, verliert den Frieden. Wer hat aber den Krieg verloren? Diejenigen, die sich in unvernünftigem, trostig verblendeten, verbrecherischen Eigentum der Möglichkeit eines ehrenhaften Friedens entgegensehen. (Stürmischer Beifall und Zustimmung.) Die moralische Verantwortung dafür, daß schließlich kein anderer Friede mehr möglich war, haben diejenigen zu tragen, die den Kampf gegen die Friedensresolution des Reichstags geführt haben. Und wenn sie hundert Mal durch ihr lautes Nein ihre Hände in Unschuld waschen wollen — sie werden die Schuld nicht los, weder vor uns noch vor der Geschichte, noch vor ihrem eignen Gewissen. (Stürmischer Beifall, der sich auf den Tribünen fortsetzt.) Präsident Fehrenbach sagt das Händeschütteln als nicht üblich.

Hierauf wird die Weiterberatung vertagt. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Die Nationalversammlung.

Die große politische Debatte.

Weimar, 26. Juli. Dr. Braun (Btr.): In denkwürdiger Stunde des Vaterlandes entstand die Koalition zwischen Zentrum und Sozialdemokratie. Ohne die Sozialdemokratie ist jedenfalls keine Regierung heute denkbar. Das Zentrum glaubte sich der Verantwortung für die Unterzeichnung des Friedens nicht entziehen zu können. In unserer ausdrücklichen Politik müssen wir den Schutz des Deutschen im Ausland betreiben. (Beifall im Zentrum.) Auch mit den Polen liegt eine Verständigung im beiderseitigen Interesse. Mit dem christlichen Sittenkodex ist nur vereinbar das Ideal der Völkerfreundschaft und des Völkerbundes. (Beifall im Zentrum), aber mit gleichen Rechten und Pflichten. Als besonders notwendig halten wir die Stärkung des Arbeitswillens. In der Länderei werden wir nach wie vor dafür eintreten, daß die Selbständigkeit der Einzelstaaten nicht stärker beschränkt wird als die Notlage des Reiches es verlangt. Wir wollen eine Erziehungsschule und keine reine Bildungsschule. Das Kompromiß bietet uns die Möglichkeit, an einem neuen Kulturlampf vorbei zu kommen.

Frau Bömer (Dem.): Wir verlangen, daß der von uns bereits einmal aufgeworfene Gedanke eines internationalen Schiedsgerichts über die Schuldfrage noch einmal erörtert wird. (Lebhafte Beifall.) Eine Revanchepolitik lehnen wir ab.

Grafe (Dn. Pv.): Wir müssen die Gründe unserer Opposition nachprüfen, weshalb wir die Regierung und ihre Taten für alles Unheil an unserem deutschen Volke verantwortlich machen. Es ist ein tragisches Geschick für unser armes deutsches Volk, daß die verbrecherischen Illusionspolitiker nicht besiegt wurden. Die Aldeutschen sollen die Träger der Politik vor dem 9. November gewesen sein, das heißt Sünde an der Geschichte des deutschen Volkes tun. (Andauernder Beifall rechts und Widerspruch links.) Die Demokraten und andere waren nicht grundsätzliche Gegner der Annexion. Aber der schlimmste der Annexionisten... (Der Redner blickt auf den Minister Erzberger. — Langanhaltende stürmische Heiterkeit. — Giesberts Klopf Erzberger auf die Schulter. — Erneute stürmische Heiterkeit.)

Es liegt ein offizieller Fraktionsbeschluß vor, daß meine Fraktion sich unter der Voraussetzung einer Mehrheit an einer Regierung beteiligen will. (Andauernde Ahnsufe links.) Jetzt kommt man mit der Sozialisierung und Steueralterität, die einfach eine Vermögenskonfiskation bedeutet. Trotzdem wird man an dem Staatsbankvertrag nicht herumkommen.

Es folgten nun die "Enthüllungen" Erzbergers, die wir zum Teil schon in der Samstagsausgabe mitgeteilt haben.

Weimar, 26. Juli. Bei Beginn der heutigen Sitzung der Nationalversammlung stellten die Sozialdemokraten einen von den Demokraten unterstützten Antrag, mit der weiteren politischen Aussprache die erste Beratung des Gesetzentwurfs über den Staatsgerichtshof zu verbinden, ferner die gestrige Rede des Reichsministers Erzberger und die Rede des Ministerpräsidenten Bauer vom 24. Juli auf Kosten des Reichs im deutschen Volke zu verbreiten, und endlich alle Protokolle der vertraulichen Sitzungen des Haushaltsausschusses des Reichstages sowie die der Regierung bekanntgewordenen Dokumente über die Entstehung und Fortführung des Krieges zu veröffentlichen. Durch diese Anträge soll der gestern durch Erzberger begonnenen Aktion ein breiterer Boden gegeben werden. Der Führer der Sozialdemokratie Löbe begründete die Anträge und meinte, es werde wohl kaum eine Fraktion den Mut haben, dem Antrag auf Beratung des Gesetzentwurfs über den Staatsgerichtshof zu widersprechen. Indes erhoben sowohl die Deutschnationalen wie auch die Deutsche Volkspartei gegen diese übermäßige Belastung der politischen Debatte zu reinen Parteidienstes Widerspruch. Abgeordneter Schulz von den Deutschnationalen meinte, wenn man die beiden Nieden anschlagen wolle, müsse man auch die der Gegenseite, also die Rede des Abgeordneten v. Gräfe mit anschlagen. Da Widerspruch gegen die Verbindung der politischen Debatte mit der Beratung des Staatsgerichtshofes erhoben war, war damit dieser Teil des Antrages erledigt. Über die andern Punkte der Anträge wird zum Schlus der politischen Aussprache abgestimmt werden, wenn auch das Vertrauensvotum für die Regierung zur Abstimmung steht.

Weimar, 26. Juli. Bei Beratung des Rayonsteuergesetzes teilte die Regierung mit, daß folgende Festungen zu schleifen sind: Köln, Mainz, Straßburg rechtes Ufer (Kehl), Friedrichsort, Helgoland, Germersheim, Koblenz, Wesel; in dem Gebiet in welchem abgestimmt werden muß, die Festungen Bogen in Löwen und Marienburg. Bestehen bleiben dürfen die Festungen Borkum, Breslau, Küstrin, Königsberg, Pillau, Ullm, Kurhaven, Geestemünde, Wilhelmshaven, Glaz, Glogau, Ingolstadt, Swinemünde, Königstein, Neisse, Freiburg i. Br.

Weimar, 26. Juli. Abg. Schneider-Sachsen hat in der Nationalversammlung folgende Anfrage eingebracht: "In der Zeitung 'Der Holzmarkt' Nr. 122 vom 5. Juli, und in Flugblättern wird behauptet, daß die Kriegsleider-Altiengesellschaft auf jeden Anteil von 5000 M einen Reinigewinn von 132 000 M für das Jahr 1918 ausgeschahlt habe. Das entspräche einer Dividende von 2600 Prozent. Entspricht diese Angabe der Wahrheit? Ist die Reichsregierung bereit, die Kriegsleider-Altiengesellschaft zu veranlassen, unverzüglich öffentliche Rechnung zu legen?"

Keine franz. Interessen an Linksrhein.

London, 26. Juli. Im Unterhause erklärte Lloyd George auf die Frage, ob der englisch-französische Vertrag

nötig gewesen sei, weil sonst Frankreich das ganze linke Rheinufer verlangt habe:

"Clemenceau habe niemals das linke Rheinufer beansprucht. Der Vertrag sei die Sicherheit, die England Frankreich geben müßt mit Rücksicht auf die schreckliche Lage, in der sich dieses Land befindet."

Zweifel an Deutschlands Zahlungsfähigkeit.

Paris, 24. Juli. Der Friedensausschuß der Kammer hörte gestern die Fortsetzung des Berichts des Abgeordneten Dubois über die finanziellen Pläne des Friedensvertrages. Dubois sagte:

"Man frage, ob Deutschland in der Lage sei, die Pflichten des Vertrages zu erfüllen. Man müsse bedenken, daß die Vermögensaufstellung Helfferichs Objekt in Betracht gezogen habe, deren Wert sich inzwischen wesentlich gehoben habe. Was die Werte Deutschlands im feindlichen Ausland angehe, so befänden sich die meisten in Amerika; Frankreich habe davon nur weniger, sei es in verhältnismäßig ungünstiger Lage."

Die Anerkennung unserer alten Zollgrenze.

Berlin, 25. Juli. Die interalliierte Waffenstandscommission in Köln hat der deutschen Waffenstandscommission in Düsseldorf gestern eine Note des Marschalls Foch gesandt, des Inhalts, daß die deutschen Zollbehörden im besetzten Gebiet durch die interalliierte Rheinlandskommission angewiesen worden seien, die Vorriegszölle auf aus alliierten Ländern eingeführte Waren zu erheben. Diese Anweisung bedeutet die Anerkennung unserer alten Zollgrenzen gegenüber Belgien und Frankreich, um befeitigt auch in dieser Beziehung die unterschiedliche Handlung zwischen dem deutschen besetzten und unbefestigten Gebiet.

Der Lebensmittelverkehr mit dem unbefestigten Deutschland freigegeben.

Berlin, 26. Juli. Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrags durch Deutschland ist vom Verbande die Blockade aufgehoben worden. Zu gleicher Zeit ist der Verkehr zwischen dem rechten und linken Rheinufer freigegeben worden, mit Ausnahme einiger Waren, insbesondere ist der Lebensmittelverkehr vollständig freigegeben worden. (Ausführliche Mitteilungen in morgiger Nummer.)

Wiederholung politische Nachrichten.

Coblenz, 26. Juli. Regierungsrat Graf Adelmann von Adelmannsfelden beim Oberpräsidium ist zum Reihenten beim Reichsministerium für die Frage der befreiten rheinischen Gebiete berufen.

Düsseldorf, 27. Juli. An die Spitze der Regierungen in Düsseldorf und Arnsberg werden Sozialdemokraten gestellt. Der Nachfolger des Regierungspräsidenten Dr. Krause in Düsseldorf wird der Sozialdemokrat und Stadtverordnete Justizrat Hugo Lande aus Elberfeld. In Arnsberg löst der sozialdemokratische Führer und Stadtvorordnetenvorsteher in Dortmund Mehlich den Regierungspräsidenten v. Voigt ab.

Berlin, 26. Juli. Bei den Siemens-Schuckert-Werken ist die Lage unverändert. Von dem Streik und der Aussperrung sind jetzt rund 32 000 Arbeiter und Arbeitnehmer betroffen.

Eydtkuhnen, 26. Juli. Die Polen haben bei Jozef, an der Bahn Wilna-Kowno, die Litauer angegriffen und zurückgeschlagen. Die Verbandsdiplomaten greift zugunsten der Litauer ein.

Bautzen, 25. Juli. Infolge der Streiks der beiden Elektrizitätszentralen in Chorzow und Baborzys ist heute abend jeglicher Verkehr in Oberschlesien stillgelegt. Die Straßenbahnen in Oberschlesien verkehren nicht. Die Fabrikhäuser sind geschlossen. Die Straßen in ganz Oberschlesien liegen vollkommen im Dunkeln.

Kattowitz, 26. Juli. Der gestern 9½ Uhr ausbrochene Streik der Lichtwerke Chorzow und Baborzys ist sehr ernst. Seit gestern 7½ Uhr ist der gesamte Industriebezirk ohne Licht und Kraft. Die Streikenden haben diemal auch die Ausführung von Notstandsarbeiten abgelehnt, so daß für die Gruben, sollten sie nicht von denen die eigene Kraftwerke haben, mitversorgt werden können die Gefahr des Erstausgangs droht.

Schweiz Grenze, 26. Juli. Unter dem Namen Bank für Polen wird, wie die Information mitteilt, mit dem Siz in Warschau eine polnische Staatsbank gegründet mit einem Kapital von 100 Millionen, die das Privilegium haben wird.

Bukarest, 26. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Je folge des zweideutigen Verhaltens Sowjet-Rußlands auf die rumänische Regierung die eingeleiteten Verhandlungen abgebrochen. Die Feindseligkeiten wurden am 24. Juli nachts 12 Uhr, wieder aufgenommen. Die russische sozialistische Friedensdelegation wurde aus Rischinow geschoben.

Amsterdam, 26. Juli. Aus Paris wird detailliert berichtet: Nach einem Telegramm aus Stockholm an die Morningpost haben die Deutschen ganz Litauen geräumt.

Amsterdam, 26. Juli. Das Volk erfährt aus verlässiger Quelle, daß in Amerika von dem Bankier Morgan ein großer Kredit für Deutschland abgeschlossen wird. Er wird mindestens einige hundert Millionen Dollar, wahrscheinlich aber viel mehr betragen.

Amsterdam, 26. Juli. Das Preßbureau Rads meldet aus Washington, daß die Zensur der Radsmitteilungen aufgehoben worden ist.

Nederland, 26. Juli. Der katholische Abgeordnete für Brüssel, Wauermann, will nächste Woche in der Kammer die Regierung ersuchen, Maßregeln zu treffen, damit Malmedy nicht länger unter der Erzbistum Köln bleibt. Die deutschen Priester und Lehrer sollen durch beigelegte Urteile ernannt werden; Kardinal Mercier soll in Zukunft die Priester ernennen.

Bern, 26. Juli. Vout Corriere della Sera ist nach einer Mitteilung der Mailänder Oberpostdirektion der Briefverkehr von und nach Deutschland wieder aufgenommen; ausgenommen bleiben Drucksachen.

Paris, 26. Juli. Nach dem Journal wird die deutsche Delegation in Versailles demnächst in das Gebäude der früheren deutschen Botschaft in Paris überziehen.

Nach einer Reuter-Meldung aus Paris beabsichtigt man in Frankreich, infolge der Knappheit an Weizenmehl im kommenden Winter die Brotsorten wiedereinzuführen.

Washington, 26. Juli. Reuter. Die unzensurierte straflose Verbindung mit Rauen ist am 24. Juli eröffnet worden. Eine Anzahl von Geschäftstelegrammen wurde vermittelt.

Aus Stadt und Kreis.

Oberlahnstein, den 28. Juli.

Diebstahl. In der Nacht vor Samstag wurde bei einem Anwohner der Nordallee eingebrochen. Die Dieb* trangen in den Hühnerstall ein, schlachteten hier 8 Hühner und 3 Gänse ab und verschwanden mit ihrer Beute unbemerkt. Zweckdienliche Angaben wolle man an die Polizei machen.

Güterverkehr. Die Köln-Düsselborfer Rhein-Schiffahrtsgesellschaft hat den Güterverkehr mit Holland wieder aufgenommen und nimmt Güter, die für Holland bestimmt sind, zur Verarbeitung an.

(Hinweis. Wir machen ganz besonders darauf aufmerksam, daß für morgen vormittag 11 Uhr sämtliche Ladenbesitzer zwecks Besprechungen über die Einführung der Sonntagsruhe nach dem Rathausaal eingeladen werden.)

Der Zahlungsverkehr zwischen dem besetzten Gebiet und den alliierten und neutralen Ländern und umgekehrt durch Briefe mit Papiergele. Schieds und Sanktionen ist wieder gestattet.

Unsere Valuta. Angesichts der wieder eingegangenen Handelsbeziehungen mit dem Ausland ist eine Gegenvorstellung der Devisenkurse vor und nach dem Kriege besonders interessant und lehrreich. Darnach müssen wir heute für Häuse von den nachstehenden Ländern im Vergleich zur Friedenszeit zahlen: für Häuse in Amerika das $\frac{1}{2}$ -fache, für Häuse in England das 3-fache, für Häuse in Frankreich und Belgien das $\frac{1}{2}$ -fache, für Häuse in Italien das Doppelte als vor dem Weltkriege. Nur durch Steigerung unserer Produktion, erhöhte Arbeit, Ruhe und Ordnung im Lande können wir die Waren verbilligen, umgekehrt nur verteuern oder wir erhalten gar nichts.

Die Reichsanleihe-A.-G. Zur Regelung des Kriegsanleihemarktes hat sich unter Führung der Reichsbank und unter Gewährleistung des Reichs eine Gruppe gebildet, zu der nahezu alle bedeutendsten deutschen Konzernen zur Mitwirkung eingeladen sind. Die Gruppe soll in Erfüllung der Erklärung, die der Reichsbankpräsident im Laufe des Krieges wiederholt abgegeben hat, ungerechtfertigte und in den äußeren oder inneren Verhältnissen nicht begründete Kurssenkungen der Kriegsanleihe hintanhalten. Man hat es für notwendig erachtet, der Gruppe ein in sich fester geschlossenes Organ, nämlich eine Aktiengesellschaft zur Seite zu stellen, die den Namen Reichsanleihe-Aktiengesellschaft tragen soll und für die ein Aktienkapital von 400 000 000 Mark in Aussicht genommen ist.

Abstempelung des Papiergele. Wie verlaufen, trugt sich das Reichsfinanzministerium wegen der Abstempelung sämtlicher Wertpapiere und Banknoten mit der Absicht, das gesamte Papiergele einzuziehen und statt dessen Gutscheine auszugeben. Ob diese Abstempelung jedoch zum Geschäft erhoben werden wird, ist im Augenblick noch nicht entschieden. Die Entscheidung dürfte aber in den aller nächsten Tagen fallen. In nächster Zeit wird dann alles vorhandene Papiergele eingezogen und durch Gutscheine (Banknoten) ersetzt, die wieder gegen neues Papiergele umgetauscht werden. Hierdurch ist jeder gezwungen, die bei ihm vorhandene Summe anzugeben, denn er erhält nur soviel zurück, wie er angegeben hat, während das nicht angegebene und ausgelieferte Papiergele für unbestraft wird. Ferner werden sämtliche Wertpapiere einer Abstempelung unterzogen und unter Kontrolle gebracht. Alle nicht abgestempelten Papiere verlieren ihren Wert.ähnliche Maßnahmen werden in den Gesellschaften vorgenommen, um die dort investierten Werte festzustellen.

Niederlahnstein, den 28. Juli.

Personal. Rechtsanwalt Rosing ist zum Notar ernannt worden; zum Kanzlisten Herr Schmidt am Amtsgericht Niederlahnstein.

Braubach, den 28. Juli.

Verschönerungsverein. Die Ende letzter Woche abgehaltene Versammlung des Verkehrs- und Verschönerungsvereins brachte eine Fülle von Anregungen zur Wiederbelebung des Verkehrs und zur Verschönerung des Stadtbildes. Der Vorsitzende, Herr Bürgermeister Schüring, bat die Anwesenden, sich um die Werbung neuer Mitglieder zu bemühen. Die Mitgliederzahl beträgt zur Zeit 75; die Beitragserhebung soll nun wieder mit vierteljährlich 1 Mark erfolgen. Der Vorstand wurde auf 12 Mitglieder ergänzt. Der frühere Vorsitzende, Herr Löw, wurde zum Ehrenmitglied ernannt.

Sport. In dem Fußballwettspiel des Camper Fußballklubs gegen die hiesige Jugendmannschaft siegte Camper mit 2:1.

St. Goarshausen, den 28. Juli.

Dem hiesigen Amtsgericht ist Herr Walter als Kanzlisten überwiesen worden.

Die Kriegsorden. Das Eisene Kreuz wird bekanntlich neuordnungs wieder verliehen. Nachdem dazu auch die Rote-Kreuz-Medaille und das Verdienstkreuz

für Kriegshilfe gekommen sind, sind die Vorschriften für das Eisene Kreuz entsprechend ergänzt worden. Das Eisene Kreuz wird nur dann verliehen, wenn das Kriegsdienst durch das Verdienstkreuz oder das Kreuz-Medaille eine ausreichende Belohnung nicht gefunden hat oder findet. Es wird nur an deutsche Heeresangehörige und an Ausländer verliehen, die dem deutschen Heere angehört haben oder noch angehören.

Moskau, den 28. Juli.

Die Gouvernements hat mit dieser Woche ihren Anfang genommen. Der Roggen ist gereift, die Kornberbildung in den Lehren sehr reichlich; es wird eine befriedigende Ernte erwartet. Die starken Regenfälle beförderen das Wachstum der Kartoffeln, sodass mit Anfang dieser Woche die ersten Frühlkartoffeln geerntet werden können. Spätkartoffeln stehen üppig; die Aussichten auf eine gute Mutternte sind im Wachsen.

Ernennung. Herr Margheiner ist zum Kanzlisten am hiesigen Amtsgericht ernannt worden.

Aus Nah und Fern.

Königstein, 24. Juli. Seit Montagabend weilt General Mangin, der Kommandierende General der 10. französischen Armee, welche den Brückenkopf Mainz besetzt hält, in unserem Städten.

Oppenheim, 27. Juli. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich dadurch, daß zwei Knaben sich damit vergnügten auf ihrem kleinen Wagen die etwas abschüssige, stets stark belebte Hauptstraße, die zum Bahnhof führt, in raschem Tempo hinabzufahren. Als ihnen ein jüdisches Auto plötzlich entgegenkam, vermochten sowohl die Kinder als auch der Autoführer ihre Wagen nicht mehr rechtzeitig zum Stehen zu bringen. Die Kinder rannten mit voller Wucht in das Auto hinein. Es kostete Mühe, sie unter dem zum Stehen gekommenen Kraftwagen herauszuholen. Beide Knaben wurden lebensgefährlich verletzt vom Platz getragen.

Görlitz, 27. Juli. In dem benachbarten Ort Meitnitz wurde einem Wirt die Kasse mit zehntausend Mark Juvalt am Donnerstag gestohlen.

Rassel, 26. Juli. Ein schweres Eisenbahnnunglück hat sich gestern auf der Main-Weser-Bahn zwischen Rassel und Frankfurt a. M., und zwar in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs Guntershausen, zugestanden. Wie die Eisenbahndirektion auf Anfrage mittelt, ist amtlich über das Unglück nur soviel bekannt, daß zwei Güterzüge mit großer Wucht auseinandergestossen sind und eine Anzahl Wagen zertrümert wurden. Ob und wie viele Tote oder Verletzte zu beklagen sind ist hier noch nicht bekannt. Zudem sind beide Gleise auf der Strecke Guntershausen-Frankfurt auf 24 Stunden gesperrt. Ein Teil des Schnellzugverkehrs wird über Bebra geleitet.

Dresden, 28. Juli. Nach dem Dresdner Anzeiger wird die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte nach Dresden verlegt.

Lebte Nachrichten

Berlin, 26. Juli. Der frühere Reichskanzler Michaelis gab auf die Angriffe des Ministers Erzberger folgende Erklärung ab:

Die amtlichen Schriftstücke über die Behandlung des Schreibens des Runius Pacelli an mich vom 30. August 1917 sind mir nicht zugänglich. Nach meinen persönlichen Notizen habe ich zur Behandlung des sogenannten englischen Friedensführers folgendes zu sagen: Das Schriftstück wurde mir Anfang September vorgelegt. Ich habe es mit den Staatssekretären und den Ministern besprochen, und wir sind dem Kaiser, der — wenn ich nicht irre — am 9. September von einer Frontreise zurückkehrte, entgegengefahren, um ihm Vortrag zu halten. Ich bat den Kaiser um Abhaltung eines Kontrats in Gegenwart der Obersten Heeres- und Marineleitung. Der Konrat hat am 11. September im Schlosse Bellevue stattgefunden. Das Ergebnis der Besprechung wurde, von dem Kaiser mit eigenhändiger Unterschrift versehen, folgendermaßen zusammengestellt:

Die Annexion Belgiens sei bedenklich. Belgien könne wiederhergestellt werden. Die flandrische Küste sei zwar sehr wichtig, aber die belgische Küste sei allein nicht zu halten. Es muß enger wirtschaftlicher Anschluß Belgiens an Deutschland herbeigeführt werden. Darauf habe Belgien selbst größtes Interesse.

Über die weitere Behandlung des Friedensführers wurde von mir mit dem Staatssekretär v. Kuhlmann vereinbart, daß durch eine unbedingte geeignete Persönlichkeit zu sondieren sei, ob auf englischer Seite in der Tat der Willen vorhanden sei, den bisherigen Standpunkt aufzugeben und auf einer annehmbaren mittleren Linie zu verhandeln. Das Schreiben des pöltischen Runius enthielt nach dieser Richtung hin keine irgendwie überzeugenden Beweise. Die Gefahr lag vor, daß es sich darum handelte, Deutschland zu entgegenkommender Erklärung zu veranlassen und dadurch die Verhandlungsgrenzen zu unseren Ungunsten verschoben würden. Die Wahl des Vermittlers fiel auf einen hervorragenden, dem Staatssekretär v. Kuhlmann persönlich nahestehenden neutralen Diplomaten, der ganz besonders qualifiziert erschien, die erforderliche Sondierung vorzunehmen. Ihm wurde seine Mission unter Mitteilung der Stellungnahme Deutschlands gemäß obigem Konrat in folgender Weise umschrieben:

Voraussetzung für Verhandlungen mit England sei die Anerkennung: a) daß unice Grenzen intakt bleiben, b) daß unsre Kolonien zurückgegeben würden, c) daß keine Entschädigungen gefordert würden, d) daß von einem Wirtschaftskrieg Abstand genommen würde.

Ich habe in Übereinstimmung mit Erzellen v. Kuhlmann diesen Weg für den richtigen gehalten, weil nur bei unbedingter Vertraulichkeit die Verfolgung dieser ersten Friedenspfaden möglich schien. Die Verhandlungen über die päpstliche Kurie boten diese Sicherheit nicht. Schon beim Empfang des Schreibens des Runius hatte sich herausgestellt, daß der damalige Abgeordnete Erzberger vor mir davon unterrichtet war, daß das Schreiben kam. Eine Indiskretion durch ihn mußte aber vor allem verhindert werden. Deshalb konnte auch dem Runius gegenüber nur eine abwartende Stellung eingenommen und ihm nach Ablauf einiger Zeit nur eine Antwort allgemeinen Inhalts erteilt werden. Daß diese Indiskretion die größten Gefahren für die Annahme von Verhandlungen in sich schloß, hat der weitere Verlauf der Verhandlung gezeigt. Die Besprechung im Konrat und ihre Ziele blieben nicht verborgen. Die kriegerischen Parteien in Deutschland, England und Frankreich bemächtigten sich der Angelegenheit, und die Folge war, daß der Vertreter der englischen Regierung öffentlich ableugnete, daß durch die englische Regierung ein Friedensangebot gemacht sei. Ich habe den Gedanken, unter weitem Nachgeben mit Bezug auf Belgien zum Frieden zu kommen, mit Lebhaftigkeit ergriffen und habe es durchgesetzt, daß eine einheitliche Stellungnahme zu dieser Frage innerhalb der maßgebenden Kreisen erfolgte. Ich habe mich bemüht, den geeigneten Weg zur Verfolgung der ersten Anregung zu wählen. Wenn sich der Plan zerschlug, so lag es daran, daß unsere Feinde nichts wollten.

Saarow, 26. Juli 1919. gez. Michaelis.

Auch diese Erklärung liefert noch keinen genügenden Aufschluß über die verhängnisvollen Vorgänge im September 1917, insbesondere sagt sie nichts über Wortlaut und Inhalt des englischen, an den päpstlichen Stuhl gerichteten Telegramms, dessen Abschrift der Münchner Runius dem damaligen Reichskanzler zugehen ließ. Diese Auflösung muß aber nun, da nun einmal diese ungewöhnliche Vorfahrt so tief bewegende Frage teilweise und unvollständig aufgerollt worden ist, vollständig und rasch erfolgen.

Wien, 26. Juli. Wie der Wiener Mittag meldet, hat Erzberger den Bericht des Grafen Czernin vom früheren Kaiser Karl selbst erhalten mit der Verpflichtung, über die Herkunft des Berichts zu schweigen.

Duisburg, 26. Juli. Der Streik auf den Mannesmann-Wöhrenwerken hat sich verschärft. Die Werke Düsseldorf-Rath und Remscheid liegen vollständig still, ebenso Duisburg-Ungerhausen, das heute morgen Regierungstruppen aus Wiesbaden zum Schutz der Arbeitswilligen erhalten hat.

Münster, 27. Juli. Der Straßenbahnerausstand, der im rheinisch-westfälischen Industriebezirk drohte, kann als beigelegt gelten.

Berlin, 27. Juli. Die Verfolgung der Regierung über die Freigabe des Fischhandels ist im Laufe dieser Woche zu erwarten. Ein Syndikat von Großhandelsfirmen ist in Vorbereitung.

Berlin, 27. Juli. Aus Katowitz wird gemeldet, daß die Arbeiter der Elektricitätswerke Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband abgelehnt haben. Der Streik wurde aber vorläufig abgebrochen. Das elektrische Licht brennt wieder.

Wien, 26. Juli. Auf die Einspruchsnote des Außenwirtigen Amts gegen die Forderung des Marschalls Foch, daß die Stadt Berlin wegen der Ermordung des französischen Sergeanten Manheim eine Million Mark in Goldbuße zahlen soll, ist heute eine Antwort des Marschalls Foch eingetroffen, in der dieser auf der erhobenen Forderung bestehen bleibt. Wie wir hören, wird sich das Auswärtige Amt mit einer Note an den französischen Generalstab wenden.

Nürnberg, 26. Juli. Infolge des Ausstandes der Angestellten der Buchdruckereien konnten die Zeitungen heute nur teilweise erscheinen.

New York, 26. Juli. Die Times erfährt aus Koblenz, daß die amerikanischen Behörden jetzt bereit sind, amerikanischen Geschäftsmenschen Pässe nach Deutschland zu erteilen. Diese Haltung wurde dadurch veranlaßt, daß die Franzosen und Engländer bereits seit langer Zeit solche Pässe erteilen und sie dadurch einen Vorsprung vor den Amerikanern in geschäftlicher Hinsicht erzielen.

Schwyz, Grenze, 26. Juli. Wie die Pariser Blätter melden, hat die Friedenskonferenz dem Generalstabschef v. Hindenburg geantwortet, daß sie seinen großmütigen Gesten, sich an Kaiser Wilhelms Seite vor ein Gericht stellen zu lassen, zwar volle Anerkennung zolle, sein Angebot jedoch nicht annehme. Dies gestatte ihm, als Entlastungsgegebe im Prozeß in London aufzutreten, ohne ihm aber irgendwie Immunität zuzusichern, falls sich seine Mitschuld erweisen würde.

Bern, 26. Juli. Die Wiederherstellung der Freiheit der Einfahrt nach Italien ist vom Ministerrat beschlossen worden.

Wien, 27. Juli. In äußerst gedrückter Stimmung hat gestern die Nationalversammlung den Rücktritt des Staatssekretärs des Äußeren Dr. Bauer zur Kenntnis genommen.

Wien, 27. Juli. Wie die Blätter melden, wird Unterstaatssekretär Pfäglig die Geschäfte der äußeren Politik fortführen.

Budapest, 26. Juli. Die Nachricht von der Besteigung der Stephanskronen ist vollständig erfunden; die Krone befindet sich im Budapest Museum.

Bekanntmachungen.

Unliebsame Vorkommnisse der letzten Zeit geben Veranlassung, nachstehende Bestimmungen der Polizei-Verordnung über Strafen, Verkehrs-, Ordnungs- und Sicherheitswesen vom 1. August 1911 wieder in Erinnerung zu bringen mit der besonderen Mahnung an Eltern und Vorgesetzte, auf die Befolgung durch ihre Kinder und Angestellten zu achten:

§ 25. Der Aufenthalt in den öffentlichen Anlagen ist nur von Sonnenaufgang bis um 10 Uhr abends und zwar nur in den angelegten Wegen gestattet. Kinder dürfen dieselben nur in Begleitung Erwachsener betreten. Das Spielen der Kinder und das Aufstellen der Kinderwagen ist nur bei den als „Kinderbank“ bezeichneten Bänken zulässig.

§ 26. Das Abschneiden und Abreißen von Zweigen oder Blumen, das Besteigen oder Rütteln der Bäume, das Beschädigen und Beschmutzen der Wege und Bänke, das Wegrücken der letzteren von ihren Plätzen, das Auseinanderwerfen des Wegekleises ist verboten. Papier ist in die aufgestellten Papierörde zu werfen.

§ 35. Das Spielen von Kindern am Rhein- und Lahnuf er und in dem Hafen, auf den dort befindlichen Böschungen, Rampen und Treppen sowie auf den im Strom liegenden Rähnen und Flößen, auf dem Waschstoss, den Steigern und Landbrücken ist strengstens untersagt.

§ 42. Den zur Erhaltung der Ruhe, Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen ergehenden Anordnungen und Aufforderungen der Polizeibeamten und Gendarmen ist Folge zu leisten.

§ 43. Zu widerhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Polizeiverordnung werden, soweit nicht andernärts höhere Strafen angedroht sind, mit Geldstrafen bis zu 9 Mark oder mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.

Gleiche Strafe trifft denjenigen, der es unterlässt, Personen, welche seiner Gewalt oder Aufsicht unterstellt sind, oder zu seiner Haushaltschaft gehörten, von der Zu-

widerhandlung gegen diese Polizeiverordnung abzuhalten.

Oberlahnstein, den 28. Juli 1919.

Der Magistrat: de Boys.

August-Meldekarten

für Betriebe sind eingetroffen und können bei der Ortskohlenstelle in Empfang genommen werden.

Die Leseholzscheine

werden bis 1. August 1919 auf dem Bürgermeisteramt Zimmer Nr. 1 erneuert. Anträge werden bis zum 25. Juli er. entgegen genommen. Da größere Holzversteigerungen bevorstehen, werden Scheine nur an Ortsarme ausgestellt.

Wer ohne Schein angetroffen wird, wird bestraft.

Grünes Holz darf nicht entwendet werden.

Hau- und Schneidewerkzeug darf nicht mitgebracht werden.

Niederlahnstein, den 18. Juli 1919.

Der Magistrat Rodt

Eber-Versteigerung.

Donnerstag, den 31. dieses Monats,
mittags 12 Uhr,

Gemeindeeber

auf der Bürgermeisterei versteigert.

Bogel, den 26. Juli 1919.

Göller, Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Infolge der vom 15. Juni d. J. ab zur Durchführung gelangenden weiteren Erhöhung des Kohlenpreises um 10.— für die Tonne sehen wir uns genötigt, zur Deckung der uns selbst aus dieser Kohlenpreiserhöhung entstehenden Mehrkosten vom 26. Juli 1919 ab folgende Zuschläge anstelle der seit 1. April d. J. gültigen zu den tarifmäßigen Sägen zu erheben:

a) im Personenverkehr 30 Pf. auf jede geförderte Fahrkarte
b) im Güterverkehr 25% zu den tarifmäßigen Sägen.

Nassauische Kleinbahn Aktiengesellschaft.

Sie sparen Geld!

wenn Sie Ihren Bedarf in

Tapeten

nur bei der Firma

C. Niederstein, Coblenz,
Löhrrstraße 91 gegenüber dem neuen
Apollotheater dessen.

— Größte Auswahl am Platze. —

Milchzentrifugen

in verschiedenen Größen empfohlen

Julius Rüping, Eisenwarenhdlg.

Braubach a. Rh.

Wer liebend will,
Bis ihm die Kraft gebricht
Und segnend steht
Sich den vergibt man nicht.

Todes- + Anzeige.

Samstag mittag 12 Uhr entschlief im St. Martinstift in Coblenz nach vierwochentlicher Krankheit mein innigstgeliebter Gatte, mein herzensguter Sohn, unser treuer Bruder, Schwager und Onkel, Herr

Jakob Herchen

Eisenbahnschlosser

Ehegatte von Christine geb. Haber versehen mit den hl. Sterbekrammenten der kathol. Kirche im Alter von 32 Jahren.

Um stillte Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Coblenz, Oberlahnstein, Kesseling a. d. Ahr, Güln.,
den 28. Juli 1919.

[1554]

Die Überführung des Verstorbenen nach Kesseling a. d. Ahr, findet statt am Dienstag, den 29. Juli, nachmittags 3½ Uhr vom St. Martinstift aus. Die Beerdigung am Donnerstag, den 31. Juli, morgens 10 Uhr in Kesseling.

Frucht-Versteigerung.

Am Mittwoch, 30. Juli d. J., mittags 1 Uhr

5 Acker mit Korn und 3 mit Weizen

auf dem Halm stehend, öffentlich versteigern.

Philipp Heuser, Himmighofen.

Für Konditoreien u. Bäckereien

Brötchenbeutel

aus weich weiss Cellulose
in allen Größen sofort lieferbar

Papierverarbeitungswerk

Paul Reuther,
Neuwied a. Rhein.

[1554]

Für Dreschmaschinenbesitzer!

Balata-Treibriemen

Prima Auslandsware
in Bängen von 25 Meter, 130 und 140 mm breit, sowie

Prima Kornleder-Treibriemen

in jeder Länge, 30 bis 140 mm breit

sofort ab Lager lieferbar

Geyer & Kölsch G. m. b. H.,

Techn. Abt. Mainz, Schießgartenstr. 12, Telef. 288.

[1571]

Reinigungsmittel

Zuverl. Mädchen

in Küche und Haus erfahrene in
bes. Geschäftshandels gesucht.

Guter Lohn und Rost

Frau G. Römhildt, Coblenz,

Schlesische Str. 48. [1550]

Techn. Abt.

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]

1550]